A11NEU Geschlechtergerechtigkeit - Modifizierte Übernahme Regionsvorstand

Gremium: Regionsverband Hannover

Beschlussdatum: 19.05.2021

Text

1 Gleichberechtigte Teilhabe

2 Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie
3 Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens. Wir
4 betrachten Geschlechterpolitik als große Querschnittsaufgabe:
5 Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen
6 Politikfeldern sein. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in
7 Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Noch immer
8 tragen Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen.
9 Viele von Armut Betroffene sind alleinerziehende Frauen. Aufgrund der
10 Ausrichtung der sozialen Sicherungssysteme auf das heute kaum noch erreichbare
11 bruchlose 'Normalarbeitsverhältnis', sind besonders Frauen von Altersarmut
12 betroffen. Es braucht bessere und höhere Löhne, um Frauen auch ökonomisch mehr
13 Selbstbestimmtheit und Stabilität zu verschaffen. Der noch nicht eingelöste
14 Grundsatz: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bleibt unser Ziel.

15 Mit der Frauenquote und der Mindestparität sind wir einen wichtigen Schritt
16 vorausgegangen. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die
17 Hälfte der Verantwortung bekommen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und
18 Vorständen werden zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder
19 werden sich positiv auswirken und mehr Frauen zu verantwortungsvollen Aufgaben
20 und Positionen motivieren. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine
21 geschlechtergerechte Gesellschaft.

22 Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und
23 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Neben den
24 unterstützenden Hilfsangeboten für von Gewalt Betroffene liegt in Art. 16 des
25 Übereinkommens auch ein Fokus auf Prävention. So gibt es für die Region Hannover
26 Täter-Programme, die die Gewaltausübenden in Zukunft befähigen sollen, Konflikte
27 gewaltfrei zu lösen. Dies leistet einen elementaren Beitrag zur
28 Gewaltprävention, der von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zugute kommt
29 sowie die Konfliktfähigkeit der Täter verbessert. Sie stellt somit einen
30 Baustein zum Opferschutz dar.

31 Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- 32 • den Ausbau und die Information über bedarfsorientierter Angebote für
33 Alleinerziehende in Alltag und Beruf stärken.
- 34 • den Anteil von Frauen in leitenden Funktionen der Regionsverwaltung und in
35 Beteiligungsgesellschaften (auch in Aufsichtsräten) der Region Hannover
36 erhöhen mit dem Ziel, mindestens die 50-Prozent-Quotierung zu erreichen.
- 37 • Programme zur Förderung der Geschlechterdiversität insbesondere in
38 sozialen Berufen stärken.
- 39 • kostenfreie Menstruationshygiene-Artikel in öffentlichen Gebäuden,
40 insbesondere in Berufsbildenden Schulen auslegen.
- 41 • das Konzept der aufsuchenden proaktiven Gefährderansprache bei häuslicher
42 Gewalt und Stalking etablieren.
- 43 • eine fachliche Begleitung zur überleitenden Unterbringung für obdachlose
44 Frauen und ihrer Kinder im Umland analog zum Konzept der
45 Frauenberatungsstellen schaffen, mit dem Ziel diese Familien in Wohnungen
46 unter zu bringen.
- 47 • die Kultur der geschlechtergerechten Sprache weiter ausbauen.
- 48 • weitere Angebote für von Gewalt betroffenen Frauen mit Kindern auch im
49 Umland
- 50 • sämtliche Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt für alle Zielgruppen,
51 wie geflüchtete Frauen, Frauen mit Behinderungen, LBTI*, Mädchen
52 zugänglich zu machen und deren besondere Bedarfe berücksichtigen.
- 53 • Für den Ausbau der Platzangebote in Frauenhäusern einschließlich für
54 Frauen mit Behinderung jeder Art
- 55 • Angebote für Frauen mit Söhnen auch über 12 Jahre schaffen
- 56 • Wir unterstützen Beratungsstellen zu Häuslicher Gewalt und
57 Partner*innengewalt sowohl für Täter*innen als auch für Opfer, die sich an
58 alle Geschlechter und Familienformen wenden